

KIRCHE UND STAAT IN DER SCHWEIZ

DARSTELLUNG IHRER RECHT-
LICHEN VERHÄLTNISSE

• VON .

DR. ULRICH LAMPERT

PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT FREIBURG
SCHWEIZ

1929

VERLEGT BEI GEBR. J. 6, F/HESS A.*G.
BASEL UND. FREIBURG

LAMPERT
KIRCHE UND STAAT
IN DER SCHWEIZ

I. BAND

INHALTSVERZEICHNIS.

I. Abschnitt: Grundlagen und Rechtsquellen.

1. Kap. Einleitung.

	Seite
§ 1. Rechtliche Bestimmbarkeit des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche	1
§ 2. Die Kirche gibt selbst Aufschluß über ihr Wesen, und ihre Satzungen	4
§ 3. Staatstheorien und Staatsgesetzgebung	6
§ 4. Die Kirche eine historisch gegebene Größe	8
§ 5. Historische und rechtsdogmatische Darstellung, kritische Einstellung	9
§ 6. Plan der Darstellung.	11

2. Kap. Natur des Staates und der Kirche.

§ 1. Religiöses und politisches Gebiet erst durch das Christentum ausgeschieden.	13
§ 8. Christus gründet die Kirche. Ihr Wesen. Ihre Amtsgewalt	14
§ 9. Der katholische Kirchenbegriff	18
§-10. Protestantischer Kirchenbegriff	21
§ 11. Wesen des Staates	23
§ 12. Verschiedenheit des staatlichen und kirchlichen Verbandes	25
§ 13. Die Staatsbehörde kein Bestandteil des Kirchenorganismus, das Kirchenregiment kein Bestandteil der Staatshoheit	26
§ 14. Eigenleben der Kirche als vollkommener, sich selbst genügender Verband	30
§ 15. Natur und Aufgabe der Kirche erfordern ihre Selbständigkeit	33
§ 16. Staatliche Gebietshoheit und kirchliche Territorialorganisation	35
§ 17. "Die Kirche ist kein Staat im Staate	37

3. Kap. Interesse oder Indifferentismus des Staates in Religionsachen.

18. Verzicht auf einen Maßstab für die Verhältnisbestimmung —	39
19. Bedeutung der Religion für den Staat	40
20. Zusammenhang zwischen Religion, Moral, Recht und Staatsleben	42

VIII

	Seite
§ 21. Die Allgemeinheit des christlichen Gedankens ergreift auch den Staat	4 4
§ 22. Religionslosigkeit gefährdet den Staat	4 5
§ 23. Trennung des Staates von der Kirche lahmt nicht die Lebenskraft der Kirche	4 7
§ 24. Pflichten der Kirche gegenüber dem Staat auch beim Trennungssystem	4 8
§ 25. Stellung der Schweiz. Eidgenossenschaft zur Religion	5 0

4. Kap. Rechtsquellen.

§ 26. Internationale Verträge	54
§ 27. Konkordate mit dem Apostolischen Stuhle	65
§ 28. Konkordate mit den Diözesanbischöfen	7 1
§ 29. Bundesgesetzgebung	83
§ 30. Kantonale Normen	86
§ 31. Verträge der Kantone untereinander	96
§ 32. Autonome Ordnungen der öffentlich-rechtlichen konfessionellen Verbände	105
§ 33. Selbständige kirchliche Rechtssetzung	130
§ 34. Gewohnheitsrecht	134

II. Abschnitt: Die religiösen Freiheitsrechte.

1. Kap. Die Gewissensfreiheit.

§ 35. Gewissen und sittliche Anlage und deren religiöser Charakter	136
§ 36. Sittliche Gebundenheit und sittliche Freiheit	139
§ 37. Grundsätzliche Uebereinstimmung der äußeren Handlung mit der Gewissensüberzeugung. Das Gewissen als subjektive Seite des Sittlichen. Irrtümliches Gewissen	142
§ 38. Gewissensfreiheit und ihre Schranken durch das äußere Pflichtgebiet	144
§ 39. Ist die Verbreitung von Lehren, die gegen die Sittlichkeit und Öffentliche Ordnung verstoßen, bundesrechtlich frei?	146
§ 40. Bedeutung der Gewissensfreiheit in Art. 49, Abs. 1 BV und die Festsetzung der „bürgerlichen Pflichten“ als gesetzliche Schranke derselben	149
§ 41. Kollision religiöser Pflichten mit „bürgerlichen Pflichten“. Passiver Widerstand gegen Staatsgesetze aus Gewissensbedenken	151
§ 42. Verhältnis der staatlichen Gesetzgebung zur Gewissensverbindlichkeit. Gewissensrührung im staatlichen Recht	154

. I X

2. Kap. Glaubensfreiheit.

	Seite
§ 43. Religion und Weltanschauung, ihre Beziehung zum Erkenntnis- und Willensvermögen	157
§ 44. Glaubensbegriff. Glaubensfreiheit und Glaubenspflicht	160
§ 45. Glaubens- und Religionsfreiheit als staatspolitisches Prinzip im konfessionell-gemischtem Staat	164
§ 46. Glaubensfreiheit nach Art. 49 BV als Individualrecht	166
§ 47. Nicht die Staatsbehörde bestimmt, was als Glaubenssache einer Religionspartei oder als wesentlicher oder unwesentlicher Punkt eines Bekenntnisses zu gelten habe	169
§ 48. Schranken der Glaubensfreiheit	171
§ 49. Aeüßerung und Kritik religiöser Ansichten. Dogmatische Intoleranz	173
§ 50. Propaganda und Proselytismus	175
§ 51/ Verbot des Zwanges zur Teilnahme an einer Religionsgesellschaft	177
§ 52. Aufdrängen einer Staatstheologie	178
§ 53. Majorisierung in religiösen Dingen	181
§ 54. Verbot der Strafen wegen Glaubensansichten	182
§ 55; Zwang zur Vornahme einer religiösen Handlung	183
§ 56. Religiöser Eid und religionslose Beteuerung	186

3. Kap. Glaubensfreiheit und Kirchendisziplin.

§ 57. Entstehung des Verbotes der Strafen wegen Glaubensansichten	189
§ 58. Notwendigkeit und innerkirchlicher Charakter der Kirchendisziplin	191
§ 59. Glaubens- und Gewissensfreiheit bilden keinen Einwand gegen die Handhabung der Kirchendisziplin	194
§ 60. Ausschluß aus der kirchlichen Gemeinschaft	196
§ 61. Einfache und qualifizierte Exkommunikation	198
§ 62. Kirchenzucht in den protestantischen Verbänden	200
§ 63. Welche Berechtigung oder Vorteile entziehen die kirchlichen Zuchtmittel?	202

4. Kap. Kultusfreiheit.

§ 64. Norm des Art. 50, Abs. 1 BV	205
§ 65. Kultus und Kultusakt. Privater und sozialer Kultus. Feststellung des Kultuscharakters eines Aktes	206
§ 66. Kultusfreiheit	209
§ 67. Art. 50, Abs. 1 BV begründet kein bloßes Individualrecht	211

§ 68.	Recht zu Kultusversammlungen und zur Widmung von Kultusstätten und Kultusgegenständen für ausschließlich gottesdienstlichen Gebrauch. Rechtswirkungen dieser Widmung	Seite •212
§ 69.	Der Fall „Chene-Bourg“	216
§ 70.	Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung j _m Kultusgebäude während, des Gottesdienstes	218

5. Kap. Schranken der Kultusfreiheit.

§ 71.	Schranken der „Sittlichkeit“ nach Art. 50, Abs. 1 BV	220
§ 72.	Schranken der „öffentlichen Ordnung“ nach Art. 50 BV	221
§ 73.	Rechtsungleichheiten bei der Handhabung dieser Schranken. Glockengeläute	222
§ 74.	Verfassungsmäßigkeit behördlicher Maßnahmen auf Grund von Art. 50, Abs. 2 BV. Verschiedene Ansichten darüber im Berner Kulturkampf	224
§ 75.	Die „Eignung“ der behördlichen Maßnahmen für die Zwecke des Art. 50, Abs. 2 BV	228
§ 76.	Prozessionen	230
§ 77.	Verbot von Pontifikalhandlungen und bischöflichen Jurisdiktionsakten	234
§ 78.	Gottesdienst-Verbot wegen Seuchengefahr	237

f 6. Kap. Schutz der Religionsfreiheit. Religionsdelikte.

§ 79.	Staatsrechtlicher Rekurs wegen Verletzung der Art. 49 u. 50 BV. Legitimation zur Beschwerde	239
§ 80.	Wandlung des Religionsstrafrechtes im modernen Staat	241
• § 81.	Schutzobjekt bei den Religionsdelikten	242
§ 82.	Gotteslästerung als Delikt in den kantonalen Strafgesetzen	244
§ 83.	Ansicht des Bundesgerichtes über die Strafbarkeit der Gotteslästerung im „Falle Aug. Richter“. Bedenken zu diesem Urteil. „Lauteres Motiv“ und Beschimpfung	245
• § 84.	Zum Urteil des Bundesgerichtes i. S. Borellini	250
§ 85.	Entscheid des Bundesgerichtes im „Falle Schnyder“	251
§ 86.	„Fall Scherrer“ (Hostienschändung)	252
§ 87.	„Fall Dupre“ in der Bundesversammlung	253
§ 88.	„Fall J. G. Wackernagel“ und der Entscheid i. S. Felder	254
89	Die kant. Strafnormen über Schmähung der Religionsgesellschaften, ihrer Lehren, Einrichtungen, Gebräuche, und ihrer Gegenstände religiöser Verehrung, und über Störung des Gottesdienstes	256
§ 90.	Die Religionsdelikte im Entwurf eines Schweiz. Strafgesetzbuches	258

7. Kap. Das Recht der religiösen Erziehung der Kinder.

	Seite
§ 91. Rechtliche Seite der Erziehung. Verfassungsrechtliche Bestimmung	260
§ 92. Erziehungsverträge bei gemischten Ehen	264
§ 93. Der „Fall W. Steiner“ von Uster. Aenderung der Gesetzgebung Art. 378 ZGB. Interkantonale und innerkantonale Verhältnisse •	267
§ 94. Vormundschaftliche Anordnung eines Religionswechsels	268
§ 95. Weisungen der Heimatbehörden gemäß Art. 378 ZGB.	275
§ 96. Beschwerden und Rekurse in dieser Materie	276
§ 97. Innerkantonale Verhältnisse	276
§ 98. Ausländische bevormundete Kinder	277
§ 99. Erziehungsberechtigung im Falle des Todes, eines Elternteils oder bei Ehescheidung	278
§ 100. Verfügung über die Erziehung außerehelicher Kinder	278-
§ 101. Auswahl des Vormundes. Pflicht desselben	280

III. Abschnitt: Die Religionsverbände.

1. Kap. Die Religionsverbände, im Allgemeinen.

§ 102. Gemeinschaftsbildende Kraft der Religion. Begriffselemente des Religionsverbandes.	283
§ 103. Das Recht zur Bildung von Religionsverbänden. Staatliche Gründung? Inhalt dieses Rechtes	286
§ 104. Benennung des Religionsverbandes als „Kirche“	288
§ 105. Das Recht auf eigenen Namen	291
§ 106. Minoritätsverbände innerhalb einer Religionsgesellschaft	291
§ 107; Verhältnis von Bund und Kantonen betr. Regelung der Beziehungen des Staates zu, den Religionsverbänden	293

2. Kap. Das Recht der Religionsverbände zur Selbstorganisation und zum Selbstregiment,

§ 108. Das Selbstorganisationsrecht folgt aus dem Recht, Religionsverbände zu bilden. Organisation der Kirche, ein Stück ihres Wesens. Keine Unterscheidung von „äußerer“ und „innerer“ Organisation.	294
§ 109. Der religiöse Glaube, das bildende Element der Kirchenverfassung	297
§ 110. Freiheitsstreben der Kirche auf ihrem Gebiete. Sie bedarf keiner Organisation durch den Staat	299
§ 111. Beschränkungen auf eidgenössischem und kantonalem Gebiete	301

§ 112.	Das Selbstorganisationsrecht umfaßt auch" das lokale Kircheri- wesen. Beschränkungen durch kantonale Normen über die Kirchengemeinden	Seite 304
§ 113.	Unterscheidung von kirchlicher und konfessioneller Organisation in einigen Kantonen. — Kanton Solothurn	310
§ 114.	Selbstregiment der Kirche und das kant. Verfassungsrecht	315

3. Kap. Zugehörigkeit zur Kirchengemeinschaft.

§ 115.	Rechtliche Natur der Kirchenmitgliedschaft und Pfarreiangehö- rigkeit	320
§ 116.	Kein Beitrittszwang, kein Aufnahmezwang!	322
§ 117.	Die ReÜgionsverbände bestimmen selbst die Voraussetzungen der Mitgliedschaft	324
§ 118.	Keine Unterscheidung zwischen Mitgliedschaft im rechtlichen * und im kirchlichen Sinne	326
§ 119.	Entscheidungsquelle für die Rechtsfrage der Mitgliedschaft. Juristische Kriterien	327
§ 120.	Verwechslung der dogmatischen und juristischen Seite der Frage	330
§ 121.	Austritt aus der Kirche	331
§ 122.	Austritt durch konkludente Handlung	335
§ 123.	Nichtzugehörigkeits-Erklärung	337
§ 124.	Das kirchliche Stimmrecht	340

4. Kap. Anstände wegen Trennung von Religionsgenossenschaften (Art. 50, Abs. 3 BV).

§ 125.	Fragenkomplex bei Auslegung des Art. 50, Abs. 3 BV	345
§ 126.	Enthält Art. 50, Abs. 3 BV, eine materiell-rechtliche Norm?	349
§ 127.	Entscheidung der Anstände nach Rechtsgründen	352
§ 128.	Die Kontinuität des Religionsverbandes und die Theorie der angeblichen Gleichberechtigung der Secession	354
§ 129.	Vermögensrechtliche Anstände	360
§ 130.	Simultangebrauch der Kirchgebäude	369
§ 131.	Die Angelegenheit der Mariahilfkirche in Luzern	374
§ 132.	Das Interesse des religiösen Friedens	382

Kirche und Staat in der Schweiz

II. BAND .

Von

Dri ULRICH LAMPERT

Professor der Rechte an der
Universität Freiburg (Schweiz)



. 1938

Verlag der Universitätsbuchhandlung Rütchi & Egloff
Freiburg (Schweiz) und Leipzig

Inhaltsverzeichnis.

IV. ABSCHNITT

System der Gestaltung des Verhältnisses des Staates zur Kirche.

r. Kapitel.

Die Kirche in staatlich anerkannter öffentlich-rechtlicher Stellung.

	Seite
§ 133. - Öffentlicher Charakter der Kirche. Grund staatlicher Anerkennung	1
§ 134. Verschiedenheit des Landeskirchenbegriffs im territorialistischen Staatskirchentum und im modernen Staat	4
§ 135. Staatsrechtliche Konstruktion der Kirche als «Landeskirche»	6
§ 136. Verleihung der öffentlich-rechtlichen Stellung	8
§ 137. Rechtsfolgen der Anerkennung.	13
§ 138. Öffentlich-rechtliche Stellung in den Kantonen : 19 ; Zürich 20 ; Bern 24 ; Luzern 25 ; Uri 28 ; Schwyz 28 ; Obwalden 28 ; Nidwalden 29 ; Glarus 29 ; Zug 30 ; Freiburg 30 ; Solothurn 32 ; Baselstadt 34 ; Baselland 35 ; Schaffhausen 38 ; Appenzell A.-Rh. 43 ; Appenzell I.-Rh. 44 ; St. Gallen 44 ; Graubünden 45 ; Aargau 45 ; Thurgau 51 ; Tessin 51-58 ; Waadt 58 ; Wallis 59 ; Neuenburg 62	19

,¹ 2. Kapitel.

Die Kirche in privatrechtlicher Stellung dem Staate gegenüber.

§ 139. Wesen und Charakter der privatrechtlichen Religionsverbände. — Ihr Verhältnis zum Staate.	75
§ 140. Unterscheidung, eines zweifachen Rechtskreises bei diesen Verbänden, der kirchenrechtliche und der staatlich-privatrechtliche (vereinsrechtliche).	79
§ 141. Die Vereinsform	81
§ 142. Die Stiftungsform	86

3. Kapitel.

Das System der Trennung von Staat und Kirche.

§ 143. Verschiedener Sinn und verschiedene Motive der Trennungspolitik	88
§ 144. Aussonderung der staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten bedingt noch keine Trennung. — Forderung der «freien Kirche im freien Staat».	91-
§ 145.. Juristischer Trennungsbegriff	93
§ 146. Der Entstehungsprozess	97
§ 147. Beurteilung, des. Systems der Trennung.	101

4- Kapitel.

Anläufe der Trennung von Staat und Kirche in der Schweiz.

	Seite
§ 148. Neuenburg	104
§ 149. Die Trennung von Staat und Kirche im Kt. Genf	106
§ 150. Zur Trennungsbewegung im Kt. Baselstadt.	117

• 5. Kapitel.

Die Staatsaufsicht gegenüber den Religionsgesellschaften.

§' 151". Das ältere System der staatlichen, Majestätsrechte circa 'säcra und die modernstaatliche Kirchenhoheit	138
§ 152. Ziel und Maß der Staatsaufsicht	143
§ 153. Stellungnahme der Kirche*	146
§ 154. Das staatliche Plazet.	148
§ 155. Rekurse in kirchlichen Dingen an die Staatsbehörden	162

V. ABSCHNITT

Abgrenzung des staatlichen und kirchlichen Bereiches.

1. Kapitel.-

• • Kriterium der innerkirchlichen Angelegenheiten.

§ 156. Anerkennung eines eigenen Bereiches der Kirche	165
§ 157. Notwendigkeit eines Kriteriums der innerkirchlichen Angelegenheiten. Unzulänglichkeit eines formalen relativistischen Standpunktes	167
§ 158. Begrenzt die Staatsgewalt nach souveränem Ermessen die kirchliche Wirksamkeit ?	169
§ 159. Innere Schranken der Staatsgewalt	175
§ 160. Die Abgrenzungsfrage vom Standpunkte der Pflichtenkollision	178
§ 161. Unzuständigkeit des Staates betreffend die Zweckbestimmung der Kirche. Materieller Begriff der «innerkirchlichen» Angelegenheiten	181
§ 162. « Innere » und « äußere » Kirchenangelegenheiten,	184
§ 163. -Der Anspruch der Kirche, selbst) zu bestimmen, was als kirchliche Angelegenheit zu gelten habe	186

2. Kapitel.

Gemischte Angelegenheiten.

§ 164. Wesen der gemischten Angelegenheiten im strengen Sinne	191
§ 165. Gemischte Angelegenheiten im weiten Sinne	194
§ 166. Regelung in den Kantonen	196-

3- Kapitel

Der Staat und die kirchlichen Ämter.

	Seite
§ 167. Wesen des Kirchenamtes." Errichtung kirchlicher Ämter	198
§ 168.. Staatliche Vorschriften über die Vorbildung des Kirchenamtskandidaten.	203
§ 169. Besetzung der Kirchenämter	212
§ 170. Wiederwahl und Abberufung der Pfarrgeistlichen	223

4. Kapitel.

Der Staat und die kirchliche Gerichtsbarkeit.

§ 171. Wesen und Umfang der kirchlichen Gerichtsbarkeit. — Klagen gegen Geistliche. — Streitsachen in'den evang.-ref. Landeskirchen	228
§ 172. Der Sinn des Art. 58 Abs. 2 BY: «Die geistliche Gerichtsbarkeit ist abgeschafft».	235

5. Kapitel.

Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt.

§ 173. Sicherungen gegen Amtsmissbrauch in der Kirche	238
§ 174. Der Rekurs an den Staat im gallikanischen System	240
§ 175. Der Rekurs wegen Mißbrauch im modernen Staat	242
§ 176. Fälle aus der Praxis	246
§ 177. Freiheit des, religiösen Lehramtes	251
§ 178. Kanzel-Strafparagrafen:	
a) das reichsdeutsche Vorbild;	
b) im Kt. Bern;	
c) im Kt. St. Gallen;	
d) im Kt. Solothurn;	
e) auf eidg. Boden;	
f) bundesgerichtliches Urteil im Fall des Pfarrers Meury;	
g) Motion Spahn im Nationalrat.,	254
§ 179. Untersuch bei Verfolgung von Predigten und Belastungszeugen	266
§ 180.. Beteiligung der Geistlichkeit an politischen Angelegenheiten	267

6. Kapitel.

Der Staat und die schweizerischen Bistümer.

§ 181. Der Bischof und die bistümlichen Einrichtungen	272
§ 182. Kompetenz zur Errichtung oder Veränderungen der, Bistümer	275
§ 183. Der Mermillod-Konflikt (Landesverweisung des Bischofs Mermillod als Apost. Vikar des Kts. Genf).	280'
§ 184. Bundesgenehmigung für Errichtung von Bistümern (Art. 50 Abs, 4 BV).	285

	Seite
§ 185. Zirkumskription der Schweiz, bischöflichen Jurisdiktionsbezirke	288
I. Das Bistum Sitten (289) ;	
II. Bistum Lausanne-Gehf-Freiburg (290) ;	
III. Die Schweiz. Anteile des ehemaligen Bistums Konstanz (295) ;	
IV. Bistum Basel (305) ;	
V. Bistum Chur (324) ;	
VI. Bistum St. Gallen (336);	
VII. Apostolische Administration des Tessin und deren Verhältnis zum Bistum Basel-Lugano (347) ;	
VIII. Das Jurisdiktionsgebiet des Abtes von St. Maurice (359).	
§ 186. Die Domkapitel der Schweiz (360-379). I. Allgemeines (360). —	
II. Die einzelnen Domkapitel: A. Domkapitel Sitten (362). —	
B. Domkapitel des Bistums Lausanne-Genf-Freiburg (362). —	
C. Domkapitel des Bistums Basel in Solothurn (364). — D. Domkapitel Chur (369). — E. Domkapitel St. Gallen (371). —	
F. Domkapitel Lugano (373).	
§ 187. Der Staat und die Bischofswahlen in der Schweiz (374-400).	
I. Allgemeines (374). — II. Die Bischofswahlen in den einzelnen Diözesen: A. Wahl des Bischofs von Sitten (375). —	
B. Wahl des Bischofs von Lausanne-Genf-Freiburg (379). —	
C. Wahl des Bischofs von Basel-Lugano (380). — D. Wahl des Bischofs von Chur (388). — E. Wahl des Bischofs von St. Gallen (396). — F. Wahl des Apostolischen Administrators des Tessin (39g).	
§ 188. Rechtsstellung der Schweiz. Diözesanseminare (400).	

7. Kapitel

Der Staat und die religiösen Ordensgenossenschaften und Klöster.

§ 189. Wesen- der Ördensveremigungen	407
§ 190. Verbot neuer Klöster und Orden (BV 52) :	
A. Geschichtliches	411
B. Auslegung des Art. 52 der BV.	420
§ 191. Das Jesuiten verbot des Art. 51 der BV.	427

8. Kapitel,

Staat und Kirche auf dem Gebiete des Ehwesens.

§ 192. Wesen der Ehe und das Eherecht	436
"§'193. Sakramentaler Charakter der Ehe	443
§ 194. Stellung der kath. Kirche zur Zivilehe	445

9. Kapitel

Staat und Kirche auf dem Gebiete des Schulwesens.

§ 195. Schulpolitik bis zur BV von 1874, Art. 27.	450
§ 196. Ausschließlich staatliche Schulleitung	455

	Seite.
§ 197. Nichtbeeinträchtigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in den öffentlichen Schulen. — Das Schulgebet	460
§ 198. Religionsunterricht	467

10. Kapitel. •

Staat und Kirche auf dem Gebiete des Begräbnis- und Friedhofwesens.

§ 199. Sinn und Wesen des kirchlichen Begräbnisses	475
§ 200. Die Friedhöfe und die Verfügung der weltlichen Behörden über die Begräbnisplätze gemäß Art. 53 der BV.	479
§ 201. Die Schicklichkeit der Beerdigung gemäß Art. 53 der BV	484
§ 202. Leichenverbrennung und die Kirche	487

11. Kapitel.

Religiöse und bürgerliche Sonntags- und Feiertagsordnung.

§ 203. Religiöse und sozialpolitische Zweckbeziehung der Sonn- und Feiertage	494
§ 204. Eidgenössische und kantonale Normen	498
§ 205. Staatliche Anerkennung konfessioneller Feiertage und Art. 49 Abs. 4 der BV.	501

12. Kapitel.

Der Finanzhaushalt der Kirche in seinen Beziehungen zum Staat.

§ 206. Integrität des Kirchenvermögens	506
§ 207. Die Selbstbesteuerung der Kirche	511
§ 208. Sinn und Tragweite des Art. 49 Abs. 6 der BV betreffend die Kultussteuern	513
§ 209. Die Kultussteuerpflicht	516
§ 210. Staatliche Leistungen	524
§ 211. Steuerfreiheit des Kirchengutes in den Kantonen	538

13. Kapitel.

Der diplomatische Verkehr zwischen der Schweiz, Eidgenossenschaft und dem Heiligen Stuhl.

§ 212. Das päpstliche Gesandtschaftsrecht und die Nuntiatur in Bern	553
---	-----

Kirche und Staat in der Schweiz

III. BAND

Von

Dr. ULRICH LAMPERT

Professor der Rechte an der
Universität Freiburg (Schweiz)



1939

Verlag der Universitätsbuchhandlung Freiburg (Schweiz)
und Leipzig

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Verzeichnis der Abkürzungen'	XVI
Einleitung.	i
Nr. i. Die Stände Uri; Schwyz, Ob- und Nidwaiden, Zürich, Glarus, - Solothurn, Schaffhausen, Appenzell I.-Rh., St. Gallen, Thurgau, bitten den Papst Pius VII., die Leitung der kirchlichen. Angelegen- heiten der Schweiz einheimischen, in ihrem Lande residierenden Bischöfen zu übertragen und bei der notwendigen Neuordnung der Diözesen die Abtrennung der schweizerischen Gebietsteile von dem Konstanzer Bischofssitze auszusprechen	5
Nr. 2. Breve « Jucundissima » des Papstes Pius VII. vom 7. Oktober 1814 betreffend die Dismembration des Bistums Konstanz als Antwort an die schweizerischen Bistumskantone auf ihr in Nr. 1 erwähntes Gesuch um Abtrennung von Konstanz	7
Nr. 3. Auszug aus dem Breve Pius' VII. « Quod aliquando differre » vom 2. November 1814 an Karl Theodor von Dalberg, Fürst-Primas, Erzbischof von Regensburg und Bischof von Konstanz. Der Papst klagt über die unkirchlichen Zustände in den deutschen Kirchensprengeln, fordert den Primas auf, seine Hir- tenpflichten zu erfüllen, den verhängnisvollen Generalvikar des Bistums Konstanz, Wessenberg, zu entlassen, und verfügt die Abtrennung der schweizerischen Gebietsteile von der Diözese • Konstanz	8
Nr. 4. Mitteilung des Nuntius an die Stände betreffend Vollziehung der Trennung der schweizerischen Kantone von der Diözese Konstanz und betreffend Bestellung des Propstes F. B. Göldlin von Tiefenau als Apostolischer Vikar, für diese Gebiete. (Vom 31. Dez. 1814.)	10
Nr. 5. Dankschreiben der Regierung von Luzern an den Papst, vom 24. Mai 1815, namens der Stände Luzern, Uri, Schwyz, Unter- waiden, Zug, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Appenzell I.-Rh., St. Gallen, Thurgau. Zugleich wird das Vertrauen ausgesprochen, daß die althergebrachten Rechte und Freiheiten der Eidgenossen in kirchlichen Dingen auch in dem neu zu errichtenden Bistum erhalten bleiben	11
Nr. 6. Breve « Novum eximiae » vom 29. Juli 1815. Antwort auf das Schreiben der Stände vom 24. Mai 1815-. Der Papst anerkennt jene Privilegien und Freiheiten der Eidgenossen in kirchlichen Dingen, die gemäß kirchlicher Rechtsordnung oder durch päpst- liche Verleihung gewährt sind, nicht aber solche, die vom Aposto- lischen Stuhl stets mißbilligt, wurden. In der schweizerischen Bistumsangelegenheit sind die von der Kirche für Errichtung neuer Bistümer aufgestellten Normen zu befolgen. Die Kantone sollten Vertrauen entgegenbringen; aufsteigende Zweifel werde der Nuntius zerstreuen	12

X

	Seite
Nr. 7. Breve Papst Pius' VII., durch welches nach dem Tode des Apostolischen Vikars Franz Bernh. Göldlin von Tiefenau die Administration der ehemals konstanzi- schen Bistumsteile, der Schweiz auf Bischof Carl Buol von Schauenstein von Chur übertragen wird. (Rom, 9. Oktober 1819.) 14
Nr. 8. Der Nuntius unterrichtet den Bischof von Chur unter Übersendung des päpstlichen Breves über den Anschluß der ehemals konstanzi- schen Bistumsteile der Schweiz an das Bistum Chur. (Luzern, 23. Oktober 1819.)	15
Nr. 9. Der Nuntius gibt den Regierungen der ehemals zum Bistum Kon- stanx gehörigen Kantone deren provisorische Unterstellung unter die Administration des Bischofs von Chur bekannt. (Luzern, 20. Oktober 1819.)	> 18
Nr. 10. Déclaration du Congrès de Vienne, concernant les affaires de la Suisse. (Du 20 Mars 1815.) — Übersetzung der vorstehenden Erklärung des Wiener-Congresses über die Angelegenheiten der Schweiz. (Vom 20. März 1815.)	20
Nr. 11. Arrangements Additionnels à l'article cinquième de la Déclarati- on du Congrès de Vienne, touchant le Canton de Genève. (Du 29 Mars 1815.) — Übersetzung der nachträglichen Verfügungen zum fünften Artikel der Erklärung des Wiener-Congresses, den Canton Genf betreffend. (Vom 29. März 1815.)	23
Nr. 12. Traité entre Sa Majesté le Roi de Sardaigne, la Confédération Suisse et le Canton de Genève. (Du 16 Mars 1816.) — Übersetzung des vorstehenden Vertrages zwischen Sr. Maj. dem König von Sardinien, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Canton Genf. (Vom 16. März 1816.)	27
Nr. 13. Déclaration du Plénipotentiaire de la Confédération Suisse et du Canton de Genève sur la dotation du Cure de l'Eglise catholique de Genève. (Du 16 Mars 1816.)	30
Nr. 14. Aus dem Bundesvertrag zwischen den XXII Kantonen der Schweiz. (Zürich, 7. August 1815.)	30
Nr. 15. Vereinigungs-Urkunde des ehemaligen Bistums Basel mit dem Kanton Bern. (Vom 23. November 1815.)	31
Nr. 16. Vereinigungs-Urkunde des Bezirks Birseck mit dem Canton Basel. (Vom 6. Dezember 1815.)	37
Nr. 17. Breve des Papes Pius VII. vom 30. Januar 1821 an den Bischof von Lausanne, wodurch der Ehrentitel «Bischof von Genf» mit dem bischöflichen Stuhl von Lausanne verbunden wird	39

Nr. 18.	Breve «Inter multiples » von Pius VII., 20 September- 1819, an Vinzenz Macchi, Erzbischof von Nisibis, Apost. Nuntius bei der Schweiz. Eidgenossenschaft. Der Papst verfügt, daß die durch die Staatsverträge von 1815 -und 1816 an den Kanton Genf abgetretenen katholischen savoyschen und' französischen Gemeinden vom Erzbistum Chambéry bzw. von ihrem bisherigen französischen Bistumsverband abgetrennt • und der 'geistlichen Leitung des Bischofs von Lausanne unterstellt werden	41
Nr. 19.	Bulle «Ecclesias quæ antiquitate » von Pius VII. vom 2. Juli 1823 • betreffend Errichtung des Bistums St. Gallen und dessen Vereinigung mit dem-Bistum Chur in der Form einer Unip aequæ principalis	46
Nr. 20.	Übereinkunft zwischen Seiner Gnaden dem Fürstbischof von Chur , und der Regierung des Kantons Schwyz betreffend die Vereinigung dieses Kantons mit dem Bistum Chur und die Verwaltung des Diözesanfonds. — Alles in Folge hiefür vom Heiligen Stuhl erhaltener Vollmacht und des mit diesem Heiligen. Stuhl entworfenen Konkordats. (Vom 3. August 1824.)	53
Nr. 21.	Bulle «Imposita humilitati» des Papstes Leo XII. vom 16. Dezember 1824 betreffend Vereinigung des Kantons Schwyz mit dem Bistum Chur.	57
Nr. 22.	Breve Leos XII. «Literis vestris » vom 20. Dezember 1824 an Landammann und Regierung des Kantons Schwyz betreffend den Anschluß dieses Kantons an die Diözese Chur. (Der Papst belobt die Schwyzer, daß sie den vom Heiligen Stuhl durch den Nuntius vorgebrachten Bedenken bereitwillig Gehör schenkten, wodurch die Verhandlungen zum glücklichen Abschluß geführt wurden.)	61
Nr. 23.	Übereinkunft zwischen dem Heiligen Stuhl und den Regierungen der Kantone Luzern, Bern, Solothurn und Zug betreffend die Reorganisation und neue Umschreibung des Bistums Basel. (Luzern, den 26. März 1828.)	62
Nr. 24.	Langenthal-Luzerner Gesamtvertrag der Stände Luzern, Bern, Solothurn, Zug, vom 28. März 1828, betreffend die Reorganisation ihrer Diözesanverhältnisse	70
Nr. 25.	Bulle des Papstes Leo XII. « Inter præcipua » vom 7. Mai 1828 betreffend Wiederherstellung und Reorganisation des Bistums Basel.	78
Nr. 26.	Übereinkunft zwischen dem Apostolischen Stuhl und der Regierung des Kantons Aargau betreffend Anschluß Aargaus an das Bistum Basel. (Luzern, den 2. Dezember 1828.)	85
Nr. 27.	Übereinkunft zwischen dem Heiligen Stuhl und der Kantonsregierung von Thurgau betreffend Anschluß des Standes Thurgau an die Diözese Basel. (Luzern, den 11. April 1829.)	88

XII

Nr. 28.	Bulle «De animarum salute» von Papst Pius VIII. vom 23. März 1830 betreffend Einverleibung der Kantone Aargau und Thurgau in die Diözese Basel.	90
Nr. 29.	Genehmigung der päpstlichen Bulle «Inter praecipua» (Nr. 25) durch die* Stände Luzern, Bern, Solothurn und Zug. (Vom 12. Juli 1828.)	92
Nr. 30;	• Genehmigung der päpstlichen Bulle «Inter praecipua» (Nr. 25) und der Bulle «De animarum salute» (Nr. 28) von Seite der Kantone Aargau und Thurgau. (Vom 29. Mai 1830.)	93
Nr. 31.	Beitritts-Erklärung des Standes Basel zu dem neuorganisierten Bistum Basel. (Vom*6. Oktober 1829;)	94
Nr. 32.	Dekret der S. Congregatio Consistorialis des Apostolischen Stuhles betreffend die Erwählung des nicht residierenden Domherrn für den Kanton Zug. (Vom 12. Juni 1828.)	96
Nr. 33.	Exhortationsbrevé «Quod ad rem sacram» des Papstes Leo XII. vom 15. September 1828 an die Kapitularen des Domsenates der Diözese Basel betreffend die Bischofswahl und die Vorschläge zu Domherren.	96
Nr. 34.	Authentische Interpretation des in Nr. 33 mitgeteilten Exhortationsbrevé«Quod ad rem sacram» des Papstes Leo XII. an die Kapitularen des Domsenates der Diözese Basel über die Art, die •Personen zu erkennen, welche den Regierungen als für die Wahl zum Bischof «minder genehm» gelten. Schreiben des päpstlichen Geschäftsträgers in Luzern an den Bistumsverweser der Diözese Basel. (Vom 19. Januar 1863.)	98
Nr. 35.	Exhortationsbrevé des Papstes Gregor XVI. «Quod in istius» vom 16. Dezember 1831 an den Bischof von Basel betreffend die Wahl der Domkanoniker der Diözese Basel.	100
Nr. 36.	Beschluß der eidgenössischen Tagsatzung betreffend den eidgenössischen Bettag. (Vom 1. August 1832.)	101
Nr. 37.	Artikel der Badener Konferenz der Abgeordneten der Kantone Luzern, Solothurn, Bern, Basel-Land; Aargau, Thurgau und St. Gallen. (Vom 20./27. Januar 1834.)	102
Nr. 38.	Ehcyklika «Commissum divinitus» des Papstes Gregor XVI. an die Bischöfe und den gesamten Klerus der Schweiz über die Verurteilung der BadenerKonferenzartikel. (Vom 17. Mai 1835.) (Auszug.)	106
Nr. 39.	Conventio inter Sanctam Sedem Apostolicam et supremum Consiliūni catholicum pagi Sangallensis circa reorganisationem Episcopatus Sangallensis. — Übereinkunft des kath. Großratskollegiums des Kantons St. Gallen mit dem Heiligen Stuhl über Reorganisation des Bistums St. Gallen. (Vom 7. November 1845.)	108

Nr. 40.	Beschluß des kath. Großratskollegiums des Kantons St. Gallen für Ausführung des am 7. November 1845 mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossenen Bistumskonkordates (Nr. 39). (Vom 11. März 1847.)117
Nr. 41.	Regulativ des kath. Großratskollegiums des Kantons St. Gallen betreffend die Teilnahme des kath. Kollegiums an der Bischofswahl. (Vom 18. Februar 1846.)120
Nr. 42.	Bulle «Instabilis rerum humanarum » des Papstes Pius IX. betreffend Reorganisation des Bistums St. Gallen. (Vom 8. April 1847.)	120
Nr. 43.	Aus der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. (Vom 12. September 1848.)141
Nr. 44.	Übereinkunft zwischen dem Bischof von Lausanne und Genf und dem Staatsrat des Kantons Freiburg betreffend die von den beiden Behörden auszuübende Oberaufsicht über die Verwaltung der • geistlichen Güter. (Vom 23. April 1858.)141
Nr. 45.	Exhortationsbrevé «Prout rerum ac temporum» des Papstes Pius IX. an das Domkapitel der Diözese St. Gallen betreffend die Bischofswahl. (Vom 27. Juli 1858.)147
Nr. 46.	Konkordat zwischen den Kantonen Zürich, Aargau, Appenzell A.-Rh., Thurgau, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen, Basel-Landschaft und Basel-Stadt betreffend gegenseitige Zulassung evangelisch'-reformierter Geistlicher in den Kirchendienst. (Genehmigt vom Bundesrat am 24. Februar 1862.)148
Nr. 47.	Übereinkunft zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung • des Kantons Bern betreffend die Einverleibung des alten Kantonsteiles Bern in das Bistum Basel. (Vom 11. Juni 1864.)151
Nr. 48.	Dekret der päpstlichen Konsistorial-Kongregation betreffend die Abtrennung des alten Kantonsteiles Bern von der Diözese Lausanne und Genf und Einverleibung desselben in das Bistum Basel. (Vom 6. September 1864.)'152
Nr. 49.	Die Nuntiatur in Luzern macht Mitteilung vom Dekret der päpstlichen Konsistorial-Kongregation vom 5. Januar 1866, wonach die Katholiken des Kantons Appenzell, die bisher provisorisch der geistlichen Jurisdiktion des Bischofs von Chur unterstellt waren, nun der bischöflichen Administration von St. Gallen provisorisch zugeteilt werden. Die Nuntiatur ist mit dem Vollzug des Dekretes beauftragt. (Vom 19. Mai 1866.)154
Nr. 50;	Zwei Schreiben des päpstlichen Geschäftsträgers Ang. Bianchi in Luzern an Landammann und Regierung des Kantons Appenzell I.-Rh. betreffend den Gegenstand des in Nr. 49 mitgeteilten Dekretes der Konsistorial-Kongregation vom 5. Januar 1866 . . .	158

XIV

	Seite
Nr. 51. Übereinkunft-, zwischen dem Heiligen Stuhl und der Schweiz. Eidgenossenschaft betreffend •Einverleibung der bündnerischen Gemeinden Poschiavo und Brusio in die Diözese Chur. (Vom 23. Oktober 1869.)	161
Nr. 52. Encyklika*« Etsimultaluctuosa » des Papstes, Pius IX. vpm. 21. November 1873 über die gegen die Kirche gerichteten kulturkämpferischen Maßnahmen in Italien, in den schweizerischen Kantonen, Deutschland und anderwärts. (Auszug der auf die Schweiz bezüglichen Stellen:)	163
Nr. 53. Beschluß des zurcherischen Kantonsrates vom 15. November 1875 betreffend die Aufhebung des Verbandes des Kantons Zürich mit dem Bistum Chur und einstweiligen Behelf, der katholischen Gemeinden bezüglich ihrer bischöflichen Verhältnisse	166
Nr. 54. Übereinkommen- zwischen dem-Schweiz. Bundesrat und dem Heiligen Stuhl betreffend die kirchlichen Verhältnisse im Bistum Basel., (Bern, den 1. September 1884.)	166
Nr. 55. Übereinkommen zwischen dem Schweiz. Bundesrat und dem Heiligen Stuhl betreffend die kirchlichen Verhältnisse im Kanton "Tessin." (Vom 1. September 1884.)	169
Nr. 56. Übereinkunft zu Bellinzona zwischen dem Kanton Tessin und dem Heiligen Stuhl für die Einsetzung einer Apostolischen Administration in der Republik und Kanton Tessin. (Vom 23. September 1884.)	171
Nr. 57. Übereinkunft zwischen dem Schweiz. Bundesrat und dem Heiligen Stuhl betreffend die endgültige Regelung der kirchlichen Verhältnisse des Kantons Tessin. (Vom 16. März 1888.)	174
Nr. 58. Bulle « Ad universam » des Papstes Leos XIII. zur Errichtung einer Apostolischen Administration bischöflichen Charakters im Kanton Tessin und Erhebung der Kirche S. Lorenzo in Lugano zur Kathedrale des Apostolischen Administrators. (Vom 7. September 1888.)	176
Nr. 59. Eingabe des Staatsrates des Kantons Wallis an den Heiligen Stuhl • betreffend Beibehaltung der nach alter Gewohnheit bestehenden • Teilnahme des Walliser Großen Rates an der Wähl des Bischofs von Sitten; (Vom 25. Oktober 1918.)	183
Nr. 60. Antwort des Kardinal-Staatssekretärs Gasparri auf die Eingabe des Walliser Staatsrates vom 24. Oktober 1918. Das Bestehen einer gewohnheitsrechtlichen Befugnis des Walliser Großen Rates zur Mitwirkung an der Wahl des Bischofs von Sitten wird nicht anerkannt. Dies soll nicht hindern, daß der Staatsrät jeweilen dem Heiligen Stuhl seine bezüglichlichen Wünsche darlege, der nach Möglichkeit besorgt sein werde, eine/der Regierung nicht--tinan- ; genehme Person zu wählen. (Vom 30. Dezember 1918.)	187

	XV
	Seite
Nr. 61. Bulle « Sollicitudo omnium » von Papst Pius XL, laut welcher die Stiftskirche St. Nikiaus in Freiburg zur Kathedrale erhoben wird ; das bezügliche Kapitulum wird zum Domkapitel des Bistums umgestaltet; die Pfarreiverhältnisse in der Stadt Freiburg werden teilweise neu geordnet; die Diözese erhält nun den Titel von « Lausanne, Genf und Freiburg ». (Vom 17. Okt. 1924.)	189
Nr. 62. Bulle « Pastoralis cura, omnium » des Papstes Pius XL zur Abgrenzung des kirchlichen Jurisdiktionsgebietes des Abtes, von Saint-Maurice als Praelatus nullius dioeceseos gegenüber dem benachbarten Bistum Sitten. (Vom 11. Oktober 1933.)	196
Nr. 63. Aus der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. (Vom 29. Mai 1874.)	198
Nr. 64. Aus der Verfassung des Kantons Zürich. (Vom 18. April 1869.)	200
Nr. 65. Aus der Verfassung des Kantons Bern. (Vom 26. April 1893.)	201
Nr. 66. Aus der Verfassung des Kantons Luzern. (Vom 28. Febr. 1875.)	203
Nr. 67. Aus der Verfassung des Kantons Uri. (Vom 6. Mai 1888.)	204
Nr. 68. Aus der Verfassung des Kantons Schwyz. (Vom 23. Oktober 1898.)	205
Nr. 69. Aus der Verfassung des Kantons Unterwalden ob dem Wald. (Vom 27. April 1902.)	208
Nr. 70. Aus der Verfassung des Kantons Unterwalden nid dem Wald. (Vom 27. April 1913.)	210
Nr. 71. Aus der Verfassung des Kantons Glarus. (Vom 22. Mai 1887.)	212
Nr. 72. Aus der Verfassung des Kantons Zug. (Vom 18. März 1894.)	213
Nr. 73. Aus der Verfassung des Kantons Freiburg. (Vom 7. Mai 1857.)	215
Nr. 74. Aus der Verfassung des Kantons Solothurn. (Vom 23. Okt. 1887.)	215
Nr. 75. Aus der Verfassung des Kantons Basel-Stadt. (Vom 2. Febr. 1890.)	217
Nr. 76. Aus der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft. (Vom 4. April 1892.)	219
Nr. 77. Aus der Verfassung des Kantons Schaffhausen. (Vom 24. März 1876.)	220
Nr. 78. Aus der Verfassung des Kantons Appenzell A.-Rh. (Vom 26. April 1908.)	221
Nr. 79. Aus der Verfassung des Kantons Appenzell I.-Rh. (Vom 24. November 1872.)	222
Nr. 80. Aus der Verfassung des Kantons St. Gallen. (Vom 16. Nov. 1890.)	223
Nr. 81. Aus der Verfassung des Kantons Graubünden. (Vom 2. Okt. 1892.)	225
Nr. 82. Aus der Verfassung des Kantons Aargau. (Vom 7. Juni 1885.)	226
Nr. 83. Aus der Verfassung des Kantons Thurgau; (Vom 28. Febr. 1869.)	228
Nr. 84. Aus dem staatlichen Kirchengesetz des Kantons Tessin. (Vom 28. Januar 1886.)	230
Nr. 85. Aus der Verfassung des Kantons Waadt. (Vom 1. März 1885.)	237
Nr. 86. Aus der Verfassung des Kantons Wallis; (Volksabstimmung vom 12. Mai 1907.)	238
Nr. 87. Aus der Verfassung des Kantons Neuenburg. (Vom 21. Nov. 1858.)	238
Nr. 88. Aus der Verfassung des Kantons Genf.	239